

Es gilt das gesprochene Wort!

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 278/2016
Kiel, Mittwoch, 20. Juli 2016

Wirtschaft/Handelsabkommen

Dr. Heiner Garg: Es ist notwendig, zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren

In seiner Rede zu TOP 22 u.a. (Anträge zu den Abkommen TTIP und CETA) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion,
Dr. Heiner Garg:

„Bei der sehr hitzigen und teilweise sogar hysterischen Diskussion über die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada bzw. den Vereinigten Staaten muss man aus meiner Sicht zunächst einmal klären, ob man Freihandel, entsprechende Abkommen und die Marktwirtschaft insgesamt überhaupt für eine gute Sache hält.

Wir tun dies selbstverständlich, aber ich stelle im Zuge der Diskussion über TTIP und CETA immer öfter fest, dass viele ‚Kritiker‘ eigentlich gar nicht einzelne Bestandteile der geplanten Abkommen kritisieren, weil sie diese geändert haben wollen, sondern weil sie den Freihandel insgesamt und somit auch die geplanten Abkommen in Gänze ablehnen. Viele vermeintliche Kritiker von TTIP und CETA sind also in Wahrheit Gegner von Freihandel und Marktwirtschaft. Sie wollen die Abkommen nicht in irgendeinem Sinne verbessern, sie wollen sie verhindern.

Es wird Sie nicht überraschen, dass die Freien Demokraten sich grundsätzlich für die Ausweitung des Freihandels aussprechen.

Freier Handel bringt nicht nur Volkswirtschaften näher zusammen, sondern auch die Menschen aus den beteiligten Ländern.

Freier Handel ist ein Garant für Wohlstand und Frieden. Deshalb sage ich ganz deutlich:

Wir befürworten die Freihandelsabkommen grundsätzlich, finden aber auch, dass man über einzelne Bestandteile selbstverständlich trefflich streiten kann.

Wer den Freihandel aber grundsätzlich ablehnt und diese Haltung durch destruktive Kritik an einzelnen Bestandteilen der geplanten Abkommen zu kaschieren versucht, ist uns suspekt.

Nun kann man und muss man sogar bei der Verhandlung und Verabschiedung von konkreten Freihandelsabkommen genauer hinsehen. Das ist das Wesen einer Demokratie, und das sollten wir auch hier im Landtag zu diesem Zeitpunkt erneut tun. Man kann bei den Themen Transparenz, Verbraucherschutzstandards und auch die Schiedsgerichte durchaus verschiedener Meinung sein.

Mich ärgert aber zunehmend, dass es bei der Diskussion über TTIP und CETA vielen NGOs und auch Parteien vom linken und rechten Flügel gar nicht um die konkrete Ausgestaltung der Abkommen geht. Es werden fleißig Ressentiments gegen die USA, die Europäische Union, gegen die Industrie und das vermeintliche ‚Establishment‘ geschürt.

Die Desinformation, die Panikmache und der Populismus vieler Gegner der geplanten Freihandelsabkommens hat jedenfalls mit der politischen Kultur, wie ich sie mir wünsche, nur wenig zu tun. Sie erinnert mich eher an ‚Russia Today Deutsch‘.

Wer den Populismus und die Desinformation der Brexit-Kampagne zu Recht kritisiert, der kann aus meiner Sicht nicht gleichzeitig Unsinn über das geplante Freihandelsabkommen unters Volk bringen. Dann darf man sich über den Erfolg der Populisten auch in Deutschland wirklich nicht wundern. Wenn sich Rechts- und Linksaußen derart einig sind, dann gehen bei mir alle Alarmglocken an.

Worum geht es wirklich: Wir sind der festen Überzeugung, dass der Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen gerade Deutschland mit unserem starken Mittelstand viele Vorteile bringen würde. Schleswig-Holstein ist von kleineren und mittleren Unternehmen geprägt. Gerade für diese Unternehmen könnten durch die geplanten Abkommen neue Märkte erschlossen werden. Die international aufgestellten Großunternehmen würden natürlich auch profitieren, sie sind aber nicht so sehr darauf angewiesen.

Die EU - die heutige EU - hat schon heute nur noch einen Anteil von rund 7% an der Weltbevölkerung. Hier haben wir die Chance, weltweit hohe Standards für den Welthandel zu setzen.

Zu den Kritikpunkten. In Europa gilt im Wesentlichen das Vorsorgeprinzip und in den USA das Nachsorgeprinzip. Ich will nicht beurteilen, welches nun der bessere Ansatz ist. Es sind jedenfalls sehr verschiedene, und jede Seite hält wohl den eigenen Ansatz für den naheliegenderen, weil man daran gewöhnt ist. Wer das Nachsorgeprinzip grundsätzlich für schlechter hält, sollte sich anschauen, wie Käufer eines VW-Diesels in den USA entschädigt werden und wie Käufer eines VW-Diesels in Deutschland entschädigt bzw. nicht entschädigt werden. Entscheidend sind hier aus meiner Sicht die Fakten, und da kann man festhalten, dass das Verhandlungsmandat ausdrücklich das Recht von EU und USA vorsieht, erforderliche Maßnahmen zu treffen,

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

um das Schutzniveau in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Arbeit, Verbraucher, Umwelt und Förderung der kulturellen Vielfalt sicherzustellen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Transparenz sagen. Die Geheimniskrämerei der EU-Kommission hat die Desinformationskampagnen von NGOs sowie linken und rechten Parteien erst ermöglicht. Die liberale EU-Handelskommissarin Malmström hat da vieles verbessert.

Gleichwohl: Von der EU-Kommission bereitgestellte Unterlagen im Internet werden kaum gelesen, die Klick-Zahlen stehen in keinem Vergleich zu den Unterzeichnern der Online-Petitionen.

EU-Kommission und Bundesregierung haben Fehler bei der Kommunikation gemacht. Als Beispiel sei hier der Umgang der Bundesregierung mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages erwähnt, der mehr als peinlich ist: Die Abgeordneten mussten in den ‚Leseraum‘ des Bundeswirtschaftsministeriums, um Einblick in TTIP zu bekommen. Die Parlamentarier hätten frühzeitiger und umfassender eingebunden werden müssen.

Eine parlamentarische Beteiligung, beispielsweise über einen gemeinsam zuständigen Ausschuss von EU-Parlament und kanadischem Parlament bzw. US-Kongress, würde Handelsabkommen größere Legitimität verleihen. Zusätzlich sollten die nationalen Parlamente bei der Ratifizierung von Handelsabkommen eingebunden werden.

Fazit: Die immer wieder kritisierten Punkte sind zum Teil berechtigt, aber heilbar, wenn man es denn will. Würden die Abkommen scheitern, würden Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein große Chancen verpassen. Deshalb ist es notwendig, zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren.“